

February 6, 1992

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the
American Jewish Committee on 4 February 1992**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the American Jewish Committee on 4 February 1992", February 6, 1992, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59747, 214-221. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300160>

Summary:

Kohl and the American Jewish Committee discuss the challenge of potential nuclear proliferation after the Soviet Union's disintegration. They scrutinize the problem of increasing xenophobia in Germany after unification.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Vfg.:

Gespräch/AJC

Bonn, den 6. Februar 1992

200

213

Abteilungsleiter 2

VLR Dr. von Morr

Über

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

*Bei Aufst. 10.2.92*Herrn Bundeskanzler

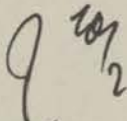
Betr.: Ihr Gespräch mit dem American Jewish Committee am
4. Februar 1992

Votum

Billigung des beigefügten Gesprächsvermerks.

Anliegend lege ich einen Vermerk über Ihr Gespräch mit dem
American Jewish Committee mit der Bitte um Billigung vor.

Der Vermerk sollte nicht weitergeleitet werden.


(Dr. Hartmann)*EdA 9.10.92**9.10.92*

Vfg.:

Referat 212
VLR Dr. von Morr

Gespräch/AJC.1

Bonn, den 6. Februar 1992
Hausruf: 2248/ge

207

214

Vermerk

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem
American Jewish Committee am 4. Februar 1992

1. Teilnehmer:

Präsident Moses, Frau Alperin und die Herren Rifkind, Harris, Ramer
und Rabbi Baker

von deutscher Seite:

MD Dr. Hartmann, Herr Gibowski, MR Mertes, VLR Dr. von Morr.

2. Der Bundeskanzler begrüßte den Vorstand des AJC unter seinem neuem
Präsidenten Moses. In einer Zeit dramatischer Veränderungen in der
Welt sei es wichtig, gute Kontakte zu haben. Wer habe vor 2 - 3 Jahren
gedacht, daß er - im Anschluß an dieses Gespräch - den Präsidenten
einer selbständigen Ukraine empfangen werde?

Präsident Moses dankte dem Bundeskanzler für den Empfang. Der Bundes-
kanzler habe die deutsche Einheit zustande gebracht, er sei eine große
Figur der beiden letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Er sei schon
länger im Amt, als es einem amerikanischen Präsidenten bei einer Amts-
zeit von maximal 8 Jahren möglich sei.

Das AJC unterhalte gute Beziehungen mit Deutschland (Konrad-Adenauer-
Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung). Man wolle aber noch weiter gehen.
Die nötigen Institutionen und Verbindungen müssten da sein, damit die
Lehren aus dem Holocaust in Erinnerung blieben.

- 2 -

WZ

215

Er hoffe, daß der Bundeskanzler diese Zielsetzung durch seine Bereitschaft, zu einem ihm genehmen Zeitpunkt vor dem AJC in New York oder Washington zu sprechen, unterstütze. Ein solcher Vortrag könne in Zusammenarbeit mit einer deutschen Einrichtung organisiert werden. Es sei wichtig, der jüdischen Gemeinschaft in den USA gerade jetzt ein Bild vom vereinten Deutschland zu vermitteln.

Das AJC habe das Antwortschreiben des Bundeskanzlers vom vergangenen Jahr begrüßt, ebenso die deutsche Anti-Boycott-Gesetzgebung, die ein Modell für Europa sei. Man danke für die deutsche Unterstützung bei der Aufhebung der Anti-Zionismus-Resolution der Vereinten Nationen, die auf dem Abfallhaufen der Geschichte gelandet sei.

Eine mögliche Weiterverbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen stelle die größte Gefahr für den Weltfrieden dar. Länder wie Irak und Iran seien nicht stabil, sie könnten mit Massenvernichtungswaffen nach Belieben umgehen, wie die SCUD-Raketenangriffe auf Israel gezeigt hätten. Die deutschen Hilfsleistungen für Israel während des Golfkrieges habe man sehr begrüßt.

Er würde gerne die Ansichten des Bundeskanzlers über den Fortgang der Verhandlungen mit der Claims Conference hören. Sie sollten zu einem gerechten Abschluß gebracht werden.

Ebenso interessiere ihn die Haltung des Bundeskanzlers zur Frage deutscher Kreditgarantien für Israel, die für die Ansiedlung aus der ehemaligen Sowjetunion kommender jüdischer Emigranten verwendet werden sollten; Deutschland habe ein besonderes Verhältnis und eine besondere Verantwortung für Israel.

Weiterhin beschäftigten ihn Meinungsumfragen zum Extremismus. Schließlich würde er gern etwas über die Fortschritte beim deutschen Vereinigungsprozeß erfahren.

Der Bundeskanzler griff die Einladung zu einem Vortrag auf: Man könne sich sehr gut verständigen, daß er vor einem interessierten Kreis spreche und diskutiere; dies wolle er auch gern bald tun. Als Termin und Ort könne man Montag, den 8. Juni 1992 in New York (Stop auf dem Weg zur UNCED-Konferenz in Rio) in Aussicht nehmen. Einzelheiten müssten detailliert vorbesprochen werden. Er würde diese Gelegenheit gern wahrnehmen, denn in bestimmten New Yorker Medien (auch beeinflusst von einigen jüdischen Kreisen) würde ein Deutschlandbild ge-

zeichnet, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun habe. Feindbilder seien die eine, Realitäten die andere Sache!

Bei der Organisation des Vortrags wolle er nicht in die Konkurrenz jüdischer Organisationen geraten. Mit dem World Jewish Congress, dessen Eintreten gegen die Wiedervereinigung nach Öffnung der DDR-Archive ans Tageslicht gekommen sei, gebe es ein gespanntes Verhältnis. Mit dem AJC - gern denke er an das gute Gespräch mit Präsident Comay vor einem Jahr zurück - wolle er gern zusammenarbeiten.

Zu den einzelnen von Präsident Moses angesprochenen Punkten wolle er folgendes sagen: Die Zukunft Deutschlands und Europas hänge davon ab, ob es gelinge, die deutsche Einheit als Chance für die europäische Einigung zu nutzen. Ansonsten habe man vor der Geschichte versagt. Beides, deutsche Einigung und europäische Einigung, wolle er in der ihm gesteckten Zeit realisieren. Ohne Zweifel habe die deutsche Einheit Ängste erregt. In der deutschen Geschichte gebe es großartige und schreckliche Bilder. Die Wannsee-Konferenz bleibe ein Datum der deutschen Geschichte, auch wenn die Menschen von heute nicht mehr lebten.

Er könne gut verstehen, daß man z. B. in Großbritannien, dessen Empire sich im Kampf gegen Hitler erschöpft habe, emotional reagiere. Gegen solche Ängste und auch Neid helfe nur die europäische Einigung. Sicher würden "Vereinigte Staaten von Europa" nicht aussehen wie die USA - man bliebe Deutscher, Franzose usw., aber man müsse schließlich zu einer gemeinsamen Armee und einer gemeinsamen Währung kommen.

Europa brauche intensive und offene Beziehungen zu Israel. Wir wollten Israel im Rahmen unserer Möglichkeiten auch beim wirtschaftlichen Erfolg helfen. Auch über dieses Thema wolle er gern in New York sprechen und diskutieren. Vor unangenehmen Fragen habe er keine Angst, sonst müsse er als Bundeskanzler abtreten!

Im Hinblick auf den gesamten Nahen Osten mache auch er sich große Sorgen um die ehemals sowjetischen Waffen, die es in gigantischer Zahl gebe. Zu Unrecht spreche man dabei zu wenig von den C-Waffen, die im Gegensatz zu den Nuklearwaffen, für die es wenigstens Sicherungen gebe, besonders einfach zu transportieren seien - ein Flugzeug und ein Kanister mit chemischen Kampfstoff reichten bereits!

Er sei schon immer dagegen gewesen, Syrien "heilig zu sprechen"; ebensowenig sei er vor dem Golfkrieg auch kein Anhänger des Irak gewesen. Die Entwicklung im Iran sei unklar.

- 4 -

204
217

Ein großes Problem seien die arbeitslosen Waffeningenieur und -techniker. Wenn er Präsident Bush in ein paar Wochen in Camp David treffe, werde er mit ihm darüber sprechen.

Kürzlich hätte die CSFR an Syrien Panzer verkauft. Der Transport auf einem deutschen Schiff sei durch das Eingreifen eines deutschen Zerstörers im Mittelmeer gestoppt worden. Präsident Havel habe gesagt, daß dies keine staatliche, sondern eine private Transaktion gewesen sei. Dies sei Unsinn, denn die betreffende Firma gehöre dem tschechoslowakischen Staat. Da es sich um die csl. Regierung handele, würde aber kein großes Aufheben in der Weltöffentlichkeit darum gemacht. Ähnlich verhalte es sich mit Frankreich im Fall Habbash. Mit dieser ungleichen Bewertung von Ländern müsse er als deutscher Regierungschef leben wie mit dem Wetter. Auch deswegen brauchten die Deutschen mehr Freunde als andere und müssten auch mehr erklären als andere. Dazu gehöre der Hinweis, daß in einem freien Land mit großem Exportanteil Kontrollen schwierig seien, auch gebe es das Problem der "dual-use-Güter". Wichtig sei, den Export solcher Güter moralisch zu ächten nach dem alten Grundsatz "so etwas tut man nicht".

Hinsichtlich der Hilfe für Israel sei man im Gespräch mit der israelischen Regierung. Schon frühzeitig habe er sich gegenüber Gorbatschow für die Auswanderung sowjetischer Juden eingesetzt. Hier gebe es im übrigen einen Konflikt mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der wolle, das möglichst viele sowjetische Juden nach Deutschland kämen; die israelische Regierung hingegen sage, sie sollten nach Israel kommen. Das deutsche Interesse sei, daß sowjetische Juden nach Israel gingen.

Zum Extremismus wolle er anmerken, daß es keinen Grund zur Beunruhigung gebe. Neonazis hätten keine Chance. In Deutschland existierten weniger rechtsextremistische Organisationen als in den Nachbarländern. Ein Großteil rechtsradikaler Pamphlete würde in Schweden und Kanada gedruckt! Die junge Generation habe die Lehre der Geschichte begriffen. Protestgruppen links und rechts ähnelten eher poujadistischen Bewegungen.

- 5 -

WS
218

Jetzt gebe es eine schwierige Lage bei den Landwirten - die schwierigen GATT-Verhandlungen müssten erfolgreich beendet werden -; Bauern wählten aber nun einmal nicht linksradikal.

Die Deutschen seien nicht ausländerfeindlich. Er stelle aber fest, daß die Zahl der nach Deutschland wegen der Wohlstandsentwicklung einströmenden Ausländer gewaltig sei und immer größer werde. Allein im Januar dieses Jahres seien 30.000 Menschen gekommen. In Deutschland lebten 2 Mio. Gastarbeiter, davon 1,5 Mio. Türken, die sich nicht assimilierten. In Frankfurt gebe es 17 Moscheen. Wie wäre die Reaktion in der Türkei, wenn in Anatolien 17 katholische Klöster entstünden? In der früheren Sowjetunion gebe es 2 Mio. Deutschstämmige. Er wolle nicht, daß sie zurückkehrten; dies geschehe aber, wenn sich ihre Lebensverhältnisse verschlechterten.

Die bisherige deutsche Gesetzgebung führe dazu, daß andere Länder Asylbewerber nach Deutschland abschieben könnten. Deswegen müsse ein europäisches Asylrecht geschaffen werden. Dies habe aber nichts mit der Tatsache zu tun, daß Deutsche gern mit Ausländern lebten und diese auch brauchten; Deutschland lebe von seiner Weltoffenheit.

Dazu gehörten auch die Beziehungen zu Israel und den jüdischen Gemeinden. Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung jüdischen Lebens hätten außer den bekannten geschichtlichen Vorgängen, die sich der Beschreibung entzögen, zu einem ungeheuren Verlust an Intelligenz und Qualifikation geführt. Jeder der die Bilder im Leo-Baeck-Institut betrachte, erkenne, was Deutschland verloren habe. Wenigstens ein Teil solle erhalten bleiben und Tradition fortgesetzt werden. Die Kultur- nation Deutschland sei ohne jüdischen Beitrag nicht denkbar (Hinweis auf Gedichte von Martin Buber und jetzige jüdische Buchhandlung in München). Die Symbiose sei nirgendwo so groß gewesen wie in Deutschland.

Die deutsche Vereinigung habe nichts an den engen Bindungen zu den USA geändert. Die Europäische Einigung werde nicht zu einer "Festung Europa" führen. Für uns gehe es nicht um eine Alternative zwischen deutsch-französischen und deutsch-amerikanischen Beziehungen, sondern um ein "sowohl als auch".

...

- 6 -

206
219

In den deutsch-amerikanischen Beziehungen sei in Zukunft der Bereich Kultur und Wissenschaft besonders wichtig. In der Vergangenheit habe man möglicherweise Beziehungen zu eng auf den militärischen Bereich bezogen. Nun müsse die kulturelle Dimension an Bedeutung gewinnen. Er hoffe, daß es gelingen werde, in diesem Jahr eine deutsch-amerikanische Akademie der Wissenschaften zu errichten. Wichtig sei der Austausch von möglichst vielen Professoren, Dozenten und Studenten. Die einmalige Chance, die man mit der Emigrantengeneration gehabt habe, sei nicht wiederholbar. Deswegen sei es wichtig, jetzt Bäume zu pflanzen! Dazu gehörten auch die Beziehung zum American Jewish Committee, zu dem er Vertrauen habe. Umgekehrt könne das American Jewish Committee auch Vertrauen zu ihm haben.

Präsident Moses erwiderte, daß sein eigener Großvater aus der Nähe von Kassel stamme. Sein Grab sei auf dem dortigen Friedhof noch erhalten. Das American Jewish Committee, das nunmehr fast 100 Jahre alt sei, wolle gern Teil der kulturellen Fahrspur nach Deutschland sein. Für die Worte des Bundeskanzlers habe er tiefes Verständnis. Es sei auch gut, daß der Bundeskanzler seine Besucher an ihre eigenen Wurzeln erinnert habe. Ob an Traditionen wieder angeknüpft werden könne, wisse er nicht. Er könne nur eines sagen: Das AJC möchte "mit daran bauen".

Für die Schilderung des Bundeskanzlers zum Problem sowjetischer Juden habe er Verständnis, in den USA gäbe es ein ähnliches Dilemma.

Den Deutschen gehe es ähnlich wie den Juden: Die Welt sei "fasziniert" von dem was sie täten, d. h. was immer sie auch täten, es stünde auf den Titelseiten der Zeitungen. Die Welt beurteile es nun einmal verschieden, wenn in Deutschland 10 % Antisemiten und in Polen 40 % Antisemiten lebten. Deutsche und Juden lebten unter dem Mikroskop der Geschichte.

Er, Moses, sei dem Bundeskanzler dankbar für seine Bemerkung zu Syrien. Die von den US initiierte Nahost-Friedenskonferenz sei in der Tat die beste Chance für einen Frieden in der Region. Er hoffe auf die Unterstützung der EG. Die seinerzeitige Erklärung von Venedig sei nicht hilfreich gewesen, sie stimme im übrigen mit der gegenwärtigen Lage auch nicht mehr überein.

Im Hinblick auf die Frage der Kreditgarantien für Israel wolle er noch

...

- 7 -

207
220

einmal darauf hinweisen, daß die Juden in der GUS - in der Diaspora -- gefährdet seien. Israel betrachte Deutschland als seinen besten Freund, dies habe er persönlich von PM Shamir gehört.

Der Bundeskanzler bestätigte, daß in den neuen Republiken der GUS auch alte Probleme der Zarenzeit umgehen würden. Auf deutsche Initiative sei jetzt in Moskau eine "Task Force" zur besseren Verteilung der Hilfsgüter tätig. Der junge deutsche General, der vor Ort eingesetzt sei, habe ihm berichtet, daß bei der Verteilung der Hilfsgüter große Unterschiede gemacht würden. So wäre beispielsweise die jüdische Gemeinde in Moskau, die immerhin 300.000 Mitglieder zähle, bei der Verteilung ausgeklammert worden. Die Deutschen hätten dafür gesorgt - ohne davon viel Aufsehen zu machen -, daß die jüdische Gemeinde mitberücksichtigt werde. Die deutsche Position sei: Hilfe im Stillen, ohne dies groß zu plakatieren. (In diesem Zusammenhang Hinweis auf Rolle der orthodoxen Kirche in Rußland, die nicht dazu beitragen würde, alte Feindbilder zu verändern).

Was er auch immer tun könne um zu helfen, tue er.

Die Hilfsbereitschaft der Deutschen sei groß, allein in diesem Winter seien 200 Mio. DM an privaten Spenden für die GUS zusammengekommen. Daß ein Pfarrer 30 Waisenkinder aus Tschernobyl in sein Dorf nach Hessen eingeladen habe - nur als ein Beispiel unter vielen -, sei wichtiger als die paar rechtsradikalen Schreihälse auf der Straße.

Im Verhältnis zu Israel sehe er sehr viel Positives. Insbesondere junge Leute besuchten mit Vorliebe Israel, ebenso verhalte es sich übrigens auch in umgekehrter Richtung!

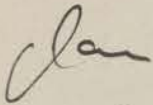
Abschließend bemerkte der Bundeskanzler im Hinblick auf den geplanten Vortrag am 8. Juni 1992, daß ihm nicht an einer feierlichen Gesellschaft liege, sondern an einer interessanten Versammlung und einer ergiebigen Diskussion. Dazu sollten auch kritische Journalisten eingeladen werden.

- 8 -

208

Präsident Moses sagte zu, eine derartige Veranstaltung entsprechend den Wünschen des Bundeskanzlers organisieren zu wollen. Er dankte dem dem Bundeskanzler im Namen der Delegation für das (gut einstündige) Gespräch.

221



(Dr. von Morr)

Referat 212

Bonn, den 6. Februar 1992

VLR Dr. von Morr

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem American Jewish Committee am 4. Februar 1992[\[1\]](#)

1. Teilnehmer:

Präsident Moses, Frau Alperin und die Herren Rifkind, Harris, Ramer und Rabbi Baker

von deutscher Seite:

MD Dr. Hartmann, Herr Gibowski, MR Mertes, VLR Dr. von Morr.

2. Der Bundeskanzler begrüßte den Vorstand des AJC unter seinem neuem Präsidenten Moses. In einer Zeit dramatischer Veränderungen in der Welt sei es wichtig, gute Kontakte zu haben. Wer habe vor 2 - 3 Jahren gedacht, daß er - im Anschluß an dieses Gespräch - den Präsidenten einer selbständigen Ukraine empfangen werde?

Präsident Moses dankte dem Bundeskanzler für den Empfang. Der Bundeskanzler habe die deutsche Einheit zustande gebracht, er sei eine große Figur der beiden letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Er sei schon länger im Amt, als es einem amerikanischen Präsidenten bei einer Amtszeit von maximal 8 Jahren möglich sei. Das AJC unterhalte gute Beziehungen mit Deutschland (Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung). Man wolle aber noch weiter gehen. Die nötigen Institutionen und Verbindungen müssten da sein, damit die Lehren aus dem Holocaust in Erinnerung blieben.

Er hoffe, daß der Bundeskanzler diese Zielsetzung durch seine Bereitschaft, zu einem ihm genehmen Zeitpunkt vor dem AJC in New York oder Washington zu sprechen, unterstütze. Ein solcher Vortrag könne in Zusammenarbeit mit einer deutschen Einrichtung organisiert werden. Es sei wichtig, der jüdischen Gemeinschaft in den USA gerade jetzt ein Bild vom vereinten Deutschland zu vermitteln. Das AJC habe das Antwortschreiben des Bundeskanzlers vom vergangenen Jahr begrüßt, ebenso die deutsche Anti-Boycott-Gesetzgebung, die ein Modell für Europa sei. Man danke für die deutsche Unterstützung bei der Aufhebung der Anti-Zionismus-Resolution der Vereinten Nationen, die auf dem Abfallhaufen der Geschichte gelandet sei.

Eine mögliche Weiterverbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen stelle die größte Gefahr für den Weltfrieden dar. Länder wie Irak und Iran seien nicht stabil, sie könnten mit Massenvernichtungswaffen nach Belieben umgehen, wie die SCUD-Raketenangriffe auf Israel gezeigt hätten. Die deutschen Hilfsleistungen für Israel während des Golfkrieges habe man sehr begrüßt.

Er würde gerne die Ansichten des Bundeskanzlers über den Fortgang der Verhandlungen mit der Claims Conference hören. Sie sollten zu einem gerechten Abschluß gebracht werden. Ebenso interessiere ihn die Haltung des Bundeskanzlers zur Frage deutscher Kreditgarantien für Israel, die für die Ansiedlung aus der ehemaligen Sowjetunion kommender jüdischer Emigranten verwendet werden sollten; Deutschland habe ein besonderes Verhältnis und eine besondere Verantwortung für Israel. Weiterhin beschäftigten ihn Meinungsumfragen zum Extremismus. Schließlich würde er gern etwas über die Fortschritte beim deutschen Vereinigungsprozeß erfahren.

Der Bundeskanzler griff die Einladung zu einem Vortrag auf: Man könne sich sehr gut verständigen, daß er vor einem interessierten Kreis spreche und diskutiere; dies wolle er auch gern bald tun. Als Termin und Ort könne man Montag, den 8. Juni 1992 in New York (Stop auf dem Weg zur UNCED-Konferenz in Rio) in Aussicht nehmen. Einzelheiten müssten detailliert vorbesprochen werden. Er würde diese Gelegenheit gern wahrnehmen, denn in bestimmten New Yorker Medien (auch beeinflusst von einigen jüdischen Kreisen) würde ein Deutschlandbild gezeichnet, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun habe. Feindbilder seien die eine, Realitäten die andere Sache! Bei der Organisation des Vortrags wolle er nicht in die Konkurrenz

jüdischer Organisationen geraten. Mit dem World Jewish Congress, dessen Eintreten gegen die Wiedervereinigung nach Öffnung der DDR-Archive ans Tageslicht gekommen sei, gebe es ein gespanntes Verhältnis. Mit dem AJC - gern denke er an das gute Gespräch mit Präsident Comay vor einem Jahr zurück - wolle er gern zusammenarbeiten.

Zu den einzelnen von Präsident Moses angesprochenen Punkten wolle er folgendes sagen: Die Zukunft Deutschlands und Europas hänge davon ab, ob es gelinge, die deutsche Einheit als Chance für die europäische Einigung zu nutzen. Ansonsten habe man vor der Geschichte versagt. Beides, deutsche Einigung und europäische Einigung, wolle er in der ihm gesteckten Zeit realisieren. Ohne Zweifel habe die deutsche Einheit Ängste erregt. In der deutschen Geschichte gebe es großartige und schreckliche Bilder. Die Wannsee-Konferenz bleibe ein Datum der deutschen Geschichte, auch wenn die Menschen von heute nicht mehr lebte. Er könne gut verstehen, daß man z. B. in Großbritannien, dessen Empire sich im Kampf gegen Hitler erschöpft habe, emotional reagiere. Gegen solche Ängste und auch Neid helfe nur die europäische Einigung. Sicher würden "Vereinigte Staaten von Europa" nicht aussehen wie die USA - man bliebe Deutscher, Franzose usw., aber man müsse schließlich zu einer gemeinsamen Armee und einer gemeinsamen Währung kommen. Europa brauche intensive und offene Beziehungen zu Israel. Wir wollten Israel im Rahmen unserer Möglichkeiten auch beim wirtschaftlichen Erfolg helfen. Auch über dieses Thema wolle er gern in New York sprechen und diskutieren. Vor unangenehmen Fragen habe er keine Angst, sonst müsse er als Bundeskanzler abtreten!

Im Hinblick auf den gesamten Nahen Osten mache auch er sich große Sorgen um die ehemals sowjetischen Waffen, die es in gigantischer Zahl gebe. Zu Unrecht spreche man dabei zu wenig von den C-Waffen, die im Gegensatz zu den Nuklearwaffen, für die es wenigstens Sicherungen gebe, besonders einfach zu transportieren seien - ein Flugzeug und ein Kanister mit chemischem Kampfstoff reichten bereits! Er sei schon immer dagegen gewesen, Syrien "heilig zu sprechen"; ebensowenig sei er vor dem Golfkrieg auch kein Anhänger des Irak gewesen. Die Entwicklung im Iran sei unklar. Ein großes Problem seien die arbeitslosen Waffeningenieur und -techniker. Wenn er Präsident Bush in ein paar Wochen in Camp David treffe, werde er mit ihm darüber sprechen. Kürzlich hätte die CSFR an Syrien Panzer verkauft. Der Transport auf einem deutschen Schiff sei durch das Eingreifen eines deutschen Zerstörers im Mittelmeer gestoppt worden. Präsident Havel habe gesagt, daß dies keine staatliche, sondern eine private Transaktion gewesen sei. Dies sei Unsinn, denn die betreffende Firma gehöre dem tschechoslowakischen Staat. Da es sich um die csl. Regierung handele, würde aber kein großes Aufheben in der Weltöffentlichkeit darum gemacht. Ähnlich verhalte es sich mit Frankreich im Fall Habbash. Mit dieser ungleichen Bewertung von Ländern müsse er als deutscher Regierungschef leben wie mit dem Wetter. Auch deswegen brauchten die Deutschen mehr Freunde als andere und müssten auch mehr erklären als andere. Dazu gehöre der Hinweis, daß in einem freien Land mit großem Exportanteil Kontrollen schwierig seien, auch gebe es das Problem der "dual-use-Güter". Wichtig sei, den Export solcher Güter moralisch zu ächten nach dem alten Grundsatz "so etwas tut man nicht".

Hinsichtlich der Hilfe für Israel sei man im Gespräch mit der israelischen Regierung. Schon frühzeitig habe er sich gegenüber Gorbatschow für die Auswanderung sowjetischer Juden eingesetzt. Hier gebe es im übrigen einen Konflikt mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der wolle, daß möglichst viele sowjetische Juden nach Deutschland kämen; die israelische Regierung hingegen sage, sie sollten nach Israel kommen. Das deutsche Interesse sei, daß sowjetische Juden nach Israel gingen.

Zum Extremismus wolle er anmerken, daß es keinen Grund zur Beunruhigung gebe. Neonazis hätten keine Chance. In Deutschland existierten weniger rechtsextremistische Organisationen als in den Nachbarländern. Ein Großteil rechtsradikaler Pamphlete würde in Schweden und Kanada gedruckt! Die junge Generation habe die Lehre der Geschichte begriffen. Protestgruppen links und rechts ähnelten eher poujadistischen Bewegungen.

Jetzt gebe es eine schwierige Lage bei den Landwirten - die schwierigen GATT-Verhandlungen müssten erfolgreich beendet werden - Bauern wählten aber nun

einmal nicht linksradikal.

Die Deutschen seien nicht ausländerfeindlich. Er stelle aber fest, daß die Zahl der nach Deutschland wegen der Wohlstandsentwicklung einströmenden Ausländer gewaltig sei und immer größer werde. Allein im Januar dieses Jahres seien 30.000 Menschen gekommen. In Deutschland lebten 2 Mio. Gastarbeiter, davon 1,5 Mio. Türken, die sich nicht assimilierten. In Frankfurt gebe es 17 Moscheen. Wie wäre die Reaktion in der Türkei, wenn in Anatolien 17 katholische Klöster entstünden? In der früheren Sowjetunion gebe es 2 Mio. Deutschstämmige. Er wolle nicht, daß sie zurückkehrten; dies geschehe aber, wenn sich ihre Lebensverhältnisse verschlechterten. Die bisherige deutsche Gesetzgebung führe dazu, daß andere Länder Asylbewerber nach Deutschland abschieben könnten. Deswegen müsse ein europäisches Asylrecht geschaffen werden. Dies habe aber nichts mit der Tatsache zu tun, daß Deutsche gern mit Ausländern lebten und diese auch brauchten; Deutschland lebe von seiner Weltoffenheit. Dazu gehörten auch die Beziehungen zu Israel und den jüdischen Gemeinden. Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung jüdischen Lebens hätten außer den bekannten geschichtlichen Vorgängen, die sich der Beschreibung entzögen, zu einem ungeheuren Verlust an Intelligenz und Qualifikation geführt. Jeder der die Bilder im Leo-Baeck-Institut betrachte, erkenne, was Deutschland verloren habe. Wenigstens ein Teil solle erhalten bleiben und Tradition fortgesetzt werden. Die Kulturnation Deutschland sei ohne jüdischen Beitrag nicht denkbar (Hinweis auf Gedichte von Martin Buber und jetzige jüdische Buchhandlung in München). Die Symbiose sei nirgendwo so groß gewesen wie in Deutschland.

Die deutsche Vereinigung habe nichts an den engen Bindungen zu den USA geändert. Die Europäische Einigung werde nicht zu einer "Festung Europa" führen. Für uns gehe es nicht um eine Alternative zwischen deutsch-französischen und deutsch-amerikanischen Beziehungen, sondern um ein "sowohl als auch".

In den deutsch-amerikanischen Beziehungen sei in Zukunft der Bereich Kultur und Wissenschaft besonders wichtig. In der Vergangenheit habe man möglicherweise Beziehungen zu eng auf den militärischen Bereich bezogen. Nun müsse die kulturelle Dimension an Bedeutung gewinnen. Er hoffe, daß es gelingen werde, in diesem Jahr eine deutsch-amerikanische Akademie der Wissenschaften zu errichten. Wichtig sei der Austausch von möglichst vielen Professoren, Dozenten und Studenten. Die einmalige Chance, die man mit der Emigrantengeneration gehabt habe, sei nicht wiederholbar. Deswegen sei es wichtig, jetzt Bäume zu pflanzen! Dazu gehörten auch die Beziehung zum American Jewish Committee, zu dem er Vertrauen habe. Umgekehrt könne das American Jewish Committee auch Vertrauen zu ihm haben.

Präsident Moses erwiderte, daß sein eigener Großvater aus der Nähe von Kassel stamme. Sein Grab sei auf dem dortigen Friedhof noch erhalten. Das American Jewish Committee, das nunmehr fast 100 Jahre alt sei, wolle gern Teil der kulturellen Fahrspur nach Deutschland sein. Für die Worte des Bundeskanzlers habe er tiefes Verständnis. Es sei auch gut, daß der Bundeskanzler seine Besucher an ihre eigenen Wurzeln erinnere. Ob an Traditionen wieder angeknüpft werden könne, wisse er nicht. Er könne nur eines sagen: Das AJC möchte "mit daran bauen".

Für die Schilderung des Bundeskanzlers zum Problem sowjetischer Juden habe er Verständnis, in den USA gäbe es ein ähnliches Dilemma.

Den Deutschen gehe es ähnlich wie den Juden: Die Welt sei "fasziniert" von dem was sie täten, d. h. was immer sie auch täten, es stünde auf den Titelseiten der Zeitungen. Die Welt beurteile es nun einmal verschieden, wenn in Deutschland 10 % Antisemiten und in Polen 40 % Antisemiten lebten. Deutsche und Juden lebten unter dem Mikroskop der Geschichte.

Er, Moses, sei dem Bundeskanzler dankbar für seine Bemerkung zu Syrien. Die von den USA initiierte Nahost-Friedenskonferenz sei in der Tat die beste Chance für einen Frieden in der Region. Er hoffe auf die Unterstützung der EG. Die seinerzeitige Erklärung von Venedig sei nicht hilfreich gewesen, sie stimme im übrigen mit der gegenwärtigen Lage auch nicht mehr überein. Im Hinblick auf die Frage der Kreditgarantien für Israel wolle er noch

einmal darauf hinweisen, daß die Juden in der GUS - in der Diaspora-- gefährdet seien. Israel betrachte Deutschland als seinen besten Freund, dies habe er persönlich

von PM Shamir gehört.

Der Bundeskanzler bestätigte, daß in den neuen Republiken der GUS auch alte Probleme der Zarenzeit umgehen würden. Auf deutsche Initiative sei jetzt in Moskau eine "Task Force" zur besseren Verteilung der Hilfsgüter tätig. Der junge deutsche General, der vor Ort eingesetzt sei, habe ihm berichtet, daß bei der Verteilung der Hilfsgüter große Unterschiede gemacht würden. So wäre beispielsweise die jüdische Gemeinde in Moskau, die immerhin 300.000 Mitglieder zähle bei der Verteilung ausgeklammert worden. Die Deutschen hätten dafür gesorgt - ohne davon viel Aufsehen zu machen -, daß die jüdische Gemeinde mitberücksichtigt werde. Die deutsche Position sei: Hilfe im Stillen, ohne dies groß zu plakatieren. (In diesem Zusammenhang Hinweis auf Rolle der orthodoxen Kirche in Rußland, die nicht dazu beitragen würde, alte Feindbilder zu verändern). Was er auch immer tun könne um zu helfen, tue er.

Die Hilfsbereitschaft der Deutschen sei groß, allein in diesem Winter seien 200 Mio. DM an privaten Spenden für die GUS zusammengekommen. Daß ein Pfarrer 30 Waisenkinder aus Tschernobyl in sein Dorf nach Hessen eingeladen habe - nur als ein Beispiel unter vielen -, sei wichtiger als die paar rechtsradikalen Schreihälse auf der Straße.

Im Verhältnis zu Israel sehe er sehr viel Positives. Insbesondere junge Leute besuchten mit Vorliebe Israel, ebenso verhalte es sich übrigens auch in umgekehrter Richtung!

Abschließend bemerkte der Bundeskanzler im Hinblick auf den geplanten Vortrag am 8. Juni 1992, daß ihm nicht an einer feierlichen Gesellschaft liege, sondern an einer interessanten Versammlung und einer ergiebigen Diskussion. Dazu sollten auch kritische Journalisten eingeladen werden.

Präsident Moses sagte zu, eine derartige Veranstaltung entsprechend den Wünschen des Bundeskanzlers organisieren zu wollen. Er dankte dem Bundeskanzler im Namen der Delegation für das (gut einstündige) Gespräch.

(Dr. von Morr)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59747, 214-221.

Division 212

Bonn, 6 February 1992

VLR Dr. von Morr

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with the American Jewish Committee on 4 February 1992^[1]

Participants

President Moses, Mrs. Alperin and Messrs. Rifkind, Harris, Ramer and Rabbi Baker.
from the German side:

MD Dr. Hartmann, Mr. Gibowski, MR Mertes, VLR Dr. von Morr.

The Chancellor greets the AJC board and its new President Moses. In a time of dramatic change in the world, it was important to have good contacts. Who could have imagined 2 or 3 years ago that he would be welcoming the president of an independent Ukraine for a conversation after this meeting?

President Moses thanks the Chancellor for the welcome. The Chancellor had brought about Germany's unity, and he was a great figure of the last two decades of the 20th century. He had been in office longer than any American President, whose tenure was limited to a maximum of 8 years. AJC had good relations with Germany (Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung). One wanted to go further. The necessary institutions and ties had to be available to keep the lessons of the Holocaust in memory.

He hoped that the Chancellor supported this aim, showing a readiness to come to New York and Washington and speak before the AJC at his convenience. Such an address could be organized in cooperation with a German facility. It was now important to give the Jewish community in the USA a direct image of unified Germany. AJC had welcomed the Chancellor's written reply from last year, as well as Germany's anti-boycott legislation - which was a model for Europe. One was grateful for Germany's support in the lifting of the United Nation's anti-Zionism resolution, which had been dumped on the rubbish heap of history.

A potential proliferation of nuclear, biological, and chemical weapons was the single largest danger to world peace. Countries such as Iraq and Iran were not stable and could use weapons of mass destruction as they wished, as the SCUD missile attacks on Israel had demonstrated. Germany's assistance for Israel during the Gulf war had been greatly welcomed.

He was interested to hear the Chancellor's views on the continuation of the Jewish Claims Conference. It ought to be brought to a fair conclusion. Moreover, he was interested to hear about the Chancellor's attitude with regards to German credit guarantees for Israel, which should be used for the settlement of Jews coming from the former Soviet Union. Germany had a special relationship with Israel and a special responsibility as well. Moreover, he was concerned by opinion polls on extremism. Last but not least, he would like to hear some more about the developments in Germany's unification process.

The Chancellor takes up the invitation for an address. They could agree on an address and a discussion before an interested audience. He was glad to do this sometime soon. His suggestion was 8 June 1992 in New York (stop on the way to the UNCED conference in Rio). One had to further specify the details. He would be happy to use the opportunity as some New York media outlets drew a picture of Germany that was out of touch with reality (in part, also under the influence of some Jewish circles).

Enemy images were one thing, the reality was a different matter! In terms of organizing the address, he did not want to be in competition with Jewish organizations. He had a tense relationship with the World Jewish Congress, which was opposed to Germany's unification as new evidence from recently opened GDR archives showed. He was very glad to work with the AJC and had fond recollections of his meeting with President Comay last year.

He wanted to say the following with regards to the points that President Moses had raised: Germany's future and Europe's future were dependent on the question of

whether it was possible to conceive of Germany's unity as a chance for Europe's unity. Otherwise, it would be a historical failure. He wanted to accomplish both Germany's unity and Europe's unity within his remaining tenure. There was no doubt that Germany's unity caused anxieties. Germany's history included both fantastic and horrific images. The Wannsee-Conference remained a date in Germany history. He could well understand emotional reactions in Great Britain, whose empire had been exhausted in the fight against Hitler. Only European integration would help against such anxieties - and envy as well. The "United States of Europe" would certainly not look like the USA - one remained German, French etc., but one had to reach a joint army and a common currency. Europe needed intense and open relations with Israel. We wanted to help Israel achieve economic success within the framework of our possibilities. He wanted to discuss this issue in New York as well and was not afraid of unpleasant questions - otherwise he had to resign as Chancellor!

With regards to the entire Near East, he was concerned about the former Soviet weapons, which were available in giant numbers. It was wrong not to discuss chemical weapons, which could be transported particularly easily in contrast to nuclear weapons, for which there were safety controls. An airplane and a canister of chemical warfare agent were sufficient! He had always been against "canonizing" Syria, just as little as he had been a supporter of Iraq prior to the Gulf war. Developments in Iran were unclear.

Unemployed weapons engineers and technicians posed a great problem. He would discuss this in his meetings with President Bush in a few weeks during their meeting at Camp David. Recently, the CSFR had sold tanks to Syria. Transportation on a German ship had been stopped by a German destroyer in the Mediterranean Sea. President Havel had argued that this had not been a transaction by the state, but a private one. This was nonsense as the relevant firm was owned by the Czechoslovakian state. As it was the Czechoslovakian state, there was no turmoil in the international public. It was similar with regards to France and the Habbash case. As Germany's head of government, he had to cope with unequal judgment just as he had to cope with the weather. Thus, Germany needed more friends than others and it had to justify itself more than others. He wanted to point to the difficulties of export controls in a free country with a large exports share. We were confronted with the problem of "dual-use-goods." It was important to morally proscribe such goods following the old principle that "you don't do that."

With regards to assistance for Israel, he was in talks with the Israeli government. Early on, he had advocated for the emigration of Soviet Jews in his contacts with Gorbachev. By the way, this caused a conflict with the Central Council of Jews in Germany, which wanted as many Jews as possible to come to Germany. However, the Israeli government says that they ought to come to Israel. It was in Germany's interest for the Jews to go to Israel.

With regards to extremism, there was no reason for concern. Neonazis did not have a chance. In Germany, there were fewer right-wing extremist organizations compared to our neighboring countries. A large share of extreme right-wing pamphlets were printed in Sweden or Canada. The young generation had comprehended the lessons of history. The protest groups on the left and on the right rather resembled poujadist movements.

Meanwhile, farmers were in a difficult situation. The difficult GATT negotiation had to be brought to a successful conclusion, the farmers did not vote for the extremist left.

The Germans were not xenophobic. He just noted that the number of immigrants in Germany was enormous and was still growing on account of our growing prosperity. Just this year, 30,000 people had already come. We had 2 million guest workers in Germany, among them 1.5 million Turks who did not assimilate. We had 17 mosques in Frankfurt. What would be Turkey's reaction if there were 17 Catholic monasteries in Anatolia? There were 2 million ethnic Germans in the former Soviet Union. He did not want them to return, but it would happen if their living conditions worsened. Germany's previous asylum legislation caused other countries to push off immigrants to Germany. Thus, we needed common European asylum legislation. This was not related to the fact that Germans were glad to live with foreigners and, in fact, needed them; Germany lived with its cosmopolitan outlook. Our relations with Israel and with

the Jewish communities were part of this. Persecution, expulsion, and elimination of Jewish life had led to an enormous loss of intelligence and qualification, apart from the well-known historical developments. Everybody who had a look at the images at the Leo-Baeck-Institute could get a feeling for the things that Germany had lost. At least a part ought to be maintained and the tradition had to be continued. Germany as a cultural nation was unthinkable without Jewish contributions (reference to the Martin Buber's poetry and the current Jewish bookstore in Munich). The symbiosis had not been as large anywhere else as in Germany.

Germany's unity had not changed anything in our close ties to the United States. European integration would not lead to a "fortress Europe." For us, this was not about an alternative between German-French and German-American relations, but it was about having both dimensions.

With regards to German-American relations, the issue areas of culture and academia would be particularly important in the future. In the past, one had potentially drawn too much attention to the military aspect. Now, the cultural dimension had to gain more importance. He hoped it was possible to establish a German-American Academy of Science this year. It was important to have an exchange of as many professors, lecturers, and students as possible. It was impossible to repeat this kind of unique change that one had with the current generation of emigrants. Thus, it was essential to plant the trees now! This included contacts with the American Jewish Committee in which we had trust. Vice versa, the American Jewish Committee could also have trust in him.

President Moses replies that his own grandfather was from the region close to Kassel. His grave in the local graveyard remained. The American Jewish Committee, which had almost been existing for 100 years, was glad to be part of the cultural lane to Germany. He had a deep understanding of the Chancellor's words. It was good that the Chancellor reminded his visitors of their own roots. He was not certain whether one was able to continue old traditions. He could just say one thing: The AJC wanted to "contribute its share to the joint foundation."

He understood the Chancellor's explanations of the problem of Soviet Jews, there was a similar dilemma in the USA. The Germans were in a similar situation as the Jews: The world was "fascinated" with their deeds and whatever they did, it was on the front pages. The world had a different judgement about the 10% of anti-Semites in Germany and the 40% of anti-Semites in Poland. Germans and Jews lived under the microscope of history.

He, Moses, thanked the Chancellor for his remarks on Syria. The U.S.-initiated peace conference was, indeed, the best chance for peace in the region. He hoped for support from the EC. The Venice Declaration had not been helpful at the time, it did not match the current situation either.

With regards to the question of credit guarantee for Israel, he wanted to point out that the Jews in the CIS were endangered in the diaspora. Israel saw Germany as its best friend, he had heard these words personally from Prime Minister Shamir.

The Chancellor confirms that the new Republics in the CIS evaded old problems of the czarist times. Upon Germany's initiative, one had established a task force in Moscow in order to ensure the better distribution of aid supplies. The young German general who was in charge, on-site, had told him that the authorities differentiated depending on the final destination of the aid supplies. For instance, the Jewish community in Moscow with its 300,000 members had been excluded from the distribution of supplies. Without any kind of publicity, the Germans had made sure that the Jewish community was taken into account. The German position was: Quiet assistance without placating this in public. (In this context, reference to the role of the Orthodox Church in Russia, which did not contribute to the dissolution of old enemy images). He did whatever he could do in order to help.

The helpfulness of the Germans was enormous. One had collected 200 million DM in private donations just this winter for the CIS. That a priest from Hessen had invited 30 orphan children from Chernobyl to his village was more important than a few right-extremist screamers on the street, just as a case in point among many others. He saw a lot of positive things in one's relations with Israel. Young people, especially, were travelling to Israel, and the same goes for young Israelis in the opposite

direction!

Finally, with regards to his address on 8 June 1992, the Chancellor says that he was not especially interested in an impressive ceremony. Rather, his focus was on an interesting meeting and a productive discussion. One ought to invite critical journalists as well.

President Moses agrees to organize an event according to the Chancellor's wishes. On behalf of his delegation, he thanks the Chancellor for the one-hour conversation.

(Dr. von Morr)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59747, 214-221.